

Montagsdemo!

„Abzocker und Parasiten“

Der scheidende Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement hat eine gewisse Meisterschaft darin entwickelt, anderen die Schuld für die Missstände bei Hartz IV zu geben: Unlautere Städte, inkompetente Partner, **nun** betrügerische Leistungsempfänger. Die Kosten steigen unaufhörlich, von 14 auf 26 Milliarden, und Politiker aller Parteien machen immer häufiger „Abzocker“ dafür verantwortlich. Der grollende Clement spricht gar von „parasitärem Verhalten“. Es gab in diesem Land schon mal eine Zeit, in der Menschen als Parasiten galten. All dies hat stets einen wahren Kern und ist mit spektakulären Einzelbeispielen illustriert. Im Ganzen taugt das aber nicht dazu, die Mängel zu erklären, denn hoch dotierte Fachkräfte verkalkulierten sich.

Unser Vorschlag: Führt alles wieder zum alten, dann haben wir 12 Milliarden gespart. Es stellt sich außerdem die Frage: **Wer zockt wen ab?** Arbeitslose erhalten trotz jahrelanger Einzahlung in die Arbeitslosenversicherung nur ein Jahr Arbeitslosengeld, danach ALG II – ein geringeres Einkommen als die Sozialhilfe vor 2005.

"Sündenbock-Kampagne" gegen Arbeitslose

Als tiple Kampagne gegen Arbeitslose bezeichnet der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) die jetzt bekannt gewordene Publikation des Wirtschaftsministeriums mit dem Titel "Vorrang für die Anständigen."

"Hierbei handelt es sich um den Versuch des Ministers, durch eine Sündenbock-Kampagne von eigener Hilflosigkeit abzulenken", sagte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. "Die Menschen mit dem unzureichenden Arbeitslosengeld II zuerst in die Armut zu schicken, und sie dann auch noch pauschal zu diskreditieren, ist unanständig und zynisch"

Aber die Schuldzuweisung ist nichts Neues – siehe Rückseite

Wir fordern:

Weg mit Hartz IV!

ALZ - Piepenstockstr. 27, 58636 Iserlohn, Tel.: 02371/795.250 – Treff: MO 18⁰⁰
www.anti-hartz-buendnis-nrw.de

Montagsdemos in NRW: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hattingen, Herne, Herten, Höxter, Iserlohn, Köln, Leverkusen, Marl, Mülheim a.d.Ruhr, Münster, Neukirchen-Vluyn, Oberhausen, Recklinghausen, Solingen, Witten, Wuppertal, und weitere.
2005-10-31

Montagsdemo!

„Abzocker und Parasiten“

Der scheidende Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement hat eine gewisse Meisterschaft darin entwickelt, anderen die Schuld für die Missstände bei Hartz IV zu geben: Unlautere Städte, inkompetente Partner, **nun** betrügerische Leistungsempfänger. Die Kosten steigen unaufhörlich, von 14 auf 26 Milliarden, und Politiker aller Parteien machen immer häufiger „Abzocker“ dafür verantwortlich. Der grollende Clement spricht gar von „parasitärem Verhalten“. Es gab in diesem Land schon mal eine Zeit, in der Menschen als Parasiten galten. All dies hat stets einen wahren Kern und ist mit spektakulären Einzelbeispielen illustriert. Im Ganzen taugt das aber nicht dazu, die Mängel zu erklären, denn hoch dotierte Fachkräfte verkalkulierten sich.

Unser Vorschlag: Führt alles wieder zum alten, dann haben wir 12 Milliarden gespart. Es stellt sich außerdem die Frage: **Wer zockt wen ab?** Arbeitslose erhalten trotz jahrelanger Einzahlung in die Arbeitslosenversicherung nur ein Jahr Arbeitslosengeld, danach ALG II – ein geringeres Einkommen als die Sozialhilfe vor 2005.

"Sündenbock-Kampagne" gegen Arbeitslose

Als tiple Kampagne gegen Arbeitslose bezeichnet der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) die jetzt bekannt gewordene Publikation des Wirtschaftsministeriums mit dem Titel "Vorrang für die Anständigen."

"Hierbei handelt es sich um den Versuch des Ministers, durch eine Sündenbock-Kampagne von eigener Hilflosigkeit abzulenken", sagte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. "Die Menschen mit dem unzureichenden Arbeitslosengeld II zuerst in die Armut zu schicken, und sie dann auch noch pauschal zu diskreditieren, ist unanständig und zynisch"

Aber die Schuldzuweisung ist nichts Neues – siehe Rückseite

Wir fordern:

Weg mit Hartz IV!

ALZ - Piepenstockstr. 27, 58636 Iserlohn, Tel.: 02371/795.250 – Treff: MO 18⁰⁰
www.anti-hartz-buendnis-nrw.de

Montagsdemos in NRW: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hattingen, Herne, Herten, Höxter, Iserlohn, Köln, Leverkusen, Marl, Mülheim a.d.Ruhr, Münster, Neukirchen-Vluyn, Oberhausen, Recklinghausen, Solingen, Witten, Wuppertal, und weitere.
2005-10-31

1995 PRESSEMITTEILUNG

Regionalkonferenz der Arbeitslosenzentren , Südwestfalen am 28. 11.1995 in Hagen.

Die Diskussion über den Leistungsmissbrauch hat einen hintergründigen Sinn.

Auf der Basis der gelungenen (beabsichtigten) Diskussion ist eine unsoziale Politik gesellschaftsfähig geworden. Diese Behauptung soll im Folgenden erläutert werden:

1. In der Bundesrepublik Deutschland sind in den letzten 10 Jahren **nicht mehr Arbeitsplätze entstanden , sondern andere.**
2. Langzeitarbeitslose haben wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die Sockelarbeitslosigkeit ist von Krise zu Krise gewachsen. (1973/74 1 Mill.; 1980/81 2 Mill.; 1992 3,5 Mill.) Darauf antwortet die Regierung z. Z. mit mehr Maßnahmen für Langzeitarbeitslose. Dieses mag eine individuelle Hilfe sein, bringt aber keine Veränderung mit Perspektive für die Betroffenen auf dem Arbeitsmarkt, sondern lediglich Haushaltsumschichtungen s .u..
3. Da die Verantwortlichen fast ausschließlich an **Haushaltssanierung** denken und nichts Wesentliches bewirken, verstärken sie den **Druck auf die Armen**, die ihnen zur Last fallen.
4. Dies geschieht durch das verstärkte Betonen des **individuellen Missbrauchs** von Leistungen, der **verallgemeinert** wird und ganze Gruppen diffamiert und ausgrenzt. Eine Scheinwahrheit wird also durch die schlichte Wiederholung von negativen Einzelfällen verfestigt. **Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit wird zum Kampf gegen Arbeitslose und ihre Angehörigen.**
5. Wenn der Druck auf die Masse der Arbeitslosen durch die Missbrauchskampagne groß genug ist, kann die Politik handeln, mit Leistungskürzungen reagieren und sich des "neuen gesellschaftlichen Konsenses" bedienen.
6. Das geschieht durch Kürzungen im Leistungsrecht und durch **Umschichtungen zur Entlastung des Bundeshaushaltes.** (*Kürzungen der Arbeitslosenhilfe drückt die Empfänger in die Sozialhilfe: entlastet den Bund und belastet Kreise und Kommunen; *ABM und Feststellungsmaßnahmen bringen Arbeitslosenhilfeempfänger aus der Bundeskasse in die Zuständigkeit der Kasse der Bundesanstalt für Arbeit.)
7. Diese Art von politischem Handeln hat ihren 'Erfolg' im **Abbau von Solidarität und Mitgefühl.**
8. **Solch eine Politik hat negative Auswirkungen auf die Betroffenen und ihre Familien sowie auf die Glaubwürdigkeit politischen Handelns.**

2005

◀ TEXT VON VORNE ▶

1995 PRESSEMITTEILUNG

Regionalkonferenz der Arbeitslosenzentren , Südwestfalen am 28. 11.1995 in Hagen.

Die Diskussion über den Leistungsmissbrauch hat einen hintergründigen Sinn.

Auf der Basis der gelungenen (beabsichtigten) Diskussion ist eine unsoziale Politik gesellschaftsfähig geworden. Diese Behauptung soll im Folgenden erläutert werden:

1. In der Bundesrepublik Deutschland sind in den letzten 10 Jahren **nicht mehr Arbeitsplätze entstanden , sondern andere.**
2. Langzeitarbeitslose haben wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die Sockelarbeitslosigkeit ist von Krise zu Krise gewachsen. (1973/74 1 Mill.; 1980/81 2 Mill.; 1992 3,5 Mill.) Darauf antwortet die Regierung z. Z. mit mehr Maßnahmen für Langzeitarbeitslose. Dieses mag eine individuelle Hilfe sein, bringt aber keine Veränderung mit Perspektive für die Betroffenen auf dem Arbeitsmarkt, sondern lediglich Haushaltsumschichtungen s .u..
3. Da die Verantwortlichen fast ausschließlich an **Haushaltssanierung** denken und nichts Wesentliches bewirken, verstärken sie den **Druck auf die Armen**, die ihnen zur Last fallen.
4. Dies geschieht durch das verstärkte Betonen des **individuellen Missbrauchs** von Leistungen, der **verallgemeinert** wird und ganze Gruppen diffamiert und ausgrenzt. Eine Scheinwahrheit wird also durch die schlichte Wiederholung von negativen Einzelfällen verfestigt. **Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit wird zum Kampf gegen Arbeitslose und ihre Angehörigen.**
5. Wenn der Druck auf die Masse der Arbeitslosen durch die Missbrauchskampagne groß genug ist, kann die Politik handeln, mit Leistungskürzungen reagieren und sich des "neuen gesellschaftlichen Konsenses" bedienen.
6. Das geschieht durch Kürzungen im Leistungsrecht und durch **Umschichtungen zur Entlastung des Bundeshaushaltes.** (*Kürzungen der Arbeitslosenhilfe drückt die Empfänger in die Sozialhilfe: entlastet den Bund und belastet Kreise und Kommunen; *ABM und Feststellungsmaßnahmen bringen Arbeitslosenhilfeempfänger aus der Bundeskasse in die Zuständigkeit der Kasse der Bundesanstalt für Arbeit.)
7. Diese Art von politischem Handeln hat ihren 'Erfolg' im **Abbau von Solidarität und Mitgefühl.**
8. **Solch eine Politik hat negative Auswirkungen auf die Betroffenen und ihre Familien sowie auf die Glaubwürdigkeit politischen Handelns.**

2005

◀ TEXT VON VORNE ▶